Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM., im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 49 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Freitag, den 27. Februar 1931

Was kostet unsere Außenpolitik?

Alljährlich wie die Schwalben kommen bei der Beratung des Haushalts unseres vielbekrittelten und nur selten gelobten „A. A.", des Auswärtigen Amts, im Reichstage die Beschwerden. Das Amt selbst ebenso wie unsere diplomatischen und konsularischen Vertretungen kosten nach Ansicht des Reichstages zuviel, man beschränke sich hier wie draußen nicht auf das wirklich und unbedingt Notwendigste an persönlichen und sachlichen Ausgaben, sondern immer wieder fänden „Vorgriffe" auf den nächstjährigen Haushalt, also Etatsüberschreitungen, statt.

Da diese Beschwerden zum großen, vielleicht zum allergrößten Teil der Berechtigung nicht entbehren, ist das Auswärtige Amt in sich gegangen und hat gegenüber dem Vorjahre die Ausgaben um 7 Prozent gekürzt, — aber im Haushaltsausschuß des Reichstages, wo man das „A. A." zurzeit sozusagen „durchhechelt", wird ihm gesagt: „Das ist noch viel zuwenig!" Es müsse hier noch viel mehr gespart werden, vor allem an den Kosten der Repräsentation. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Schnee, bekanntlich einst Gouverneur von Deutsch-Ostafrika und auch sonst ein vielgereister Mann, hat da ein sehr hübsches und recht — empfehlenswertes Wort im Ausschuß gesprochen: Er sei vor dem Kriege in der ganzen Welt herumgereist und habe bei den deutschen Konsulaten stets Entgegenkommen gefunden und sachliche Informationen erhalten, „ohne daß damit persönliche Einladungen verbunden gewesen seien": heute aber „werden Beschwerden laut, wenn eine auf Reisen befindliche Persönlichkeit von den Konsuln nicht sofort zum Frühstück eingeladen wird". Es mag darüber wohl ein stilles Schmunzeln über die Gesichter der Ausschußmitglieder gelaufen sein, denn derartige „Beschwerden" sind ja sogar so „laut geworden", daß es darüber zu Verhandlungen im Reichstage kam, und zwar nicht bloß im Ausschuß. Wobei übrigens gleich auch noch hinzugefügt werden muß, daß vor 1919 die General- und sonstigen Konsuln keinerlei Aufwandsentschädigungen erhielten, wie das jetzt der Fall ist.

Es will uns ja nicht so recht in den Kopf, daß Deutschlands auswärtiger Dienst daheim und draußen heute nicht bloß weit mehr als das Doppelte, fast das Dreifache der Vorkriegszeit kostet, sondern daß diese Summe ebenso hoch ist wie jene, die England und die Frankreich für diesen Zweck aufwenden; ja, es scheint sogar aus der Kritik, die Dr. Schnee an einer Denkschrift des Auswärtigen Amtes mit einer Vergleichung der deutschen, englischen und französischen Aufwendungen übt, hervorzugehen, als seien die Kosten Deutschlands doch noch größer als die jener beiden anderen Staaten, sicherlich aber als die Frankreichs. Dabei ist der Haushalt des deutschen Auswärtigen Amtes heute gegen das Vorjahr auf 56 Millionen ermäßigt, wovon übrigens mehr als die Hälfte, nämlich 30 Millionen, allein auf „die Wilhelmstraße" entfällt, — und das ist gegen die 11 Millionen der Vorkriegszeit eine recht erhebliche Steigerung. Gegen damals hat sich auch die Zahl des in der Zentrale beschäftigten Personals ganz beträchtlich gesteigert, und angesichts dieser Tatsache verlangt man im Reichstagsausschuß weitere Ersparnisse bei diesem „reichlichen Etat" und es wurde z. B. empfohlen, das englische Beispiel nachzuahmen: England hat für eine Reihe kleinerer Staaten an der Ostsee — Litauen, Estland, Livland — und in Mittelamerika immer nur eine „Sammel"-gesandtschaft.

Unsere „auswärtigen" Interessen sind wesentlich wirtschaftlicher Art; im Zeitalter des Telegraphen, Telephons, des Funk- und Schnellschreibers sind die „politischen" Interessen ja sehr viel stärker nach der Berliner Zentrale hin zusammengezogen und ist damit auch die amtliche Tätigkeit der Botschafter, Gesandten usw. natürlich sehr viel abhängiger von dort geworden, wurde deren politische Selbständigkeit und Betätigung stark eingeschränkt. Äußerlich kommt das aber durchaus nicht zur Wirkung, kosten uns diese Auslandsvertretungen gleichfalls das Doppelte, in Paris z. B. das Dreifache wie in der Vorkriegszeit; in der französischen Hauptstadt ist das Personal der deutschen Botschaft gegen 1913 von 18 auf heute 55 Köpfe angeschwollen! Hier zu sparen und auch bei den Konsuln erscheint dem Reichstagsausschuß auch deswegen wichtig, weil die vorgeschlagenen Streichungen beim Haushalt des Auswärtigen Amtes leider und tief bedauerlicherweise gerade die Aufwendungen treffen, die bisher für die wirtschaftliche und namentlich die kulturelle Pflege des Deutschtums gemacht worden sind.

So hat sich schon jetzt eine Fülle von Kritik von neuem über unseren auswärtigen Dienst ergossen; anderes wird wohl noch folgen. Und dies offenbar nicht ganz mit Unrecht. Bei der allgemeinen Stellung Deutschlands in der Welt — erfreulich ist sie ja nicht — müssen wir aber gerade bei unserem Auftreten nach außen hin besonders vorsichtig und — zurückhaltend sein gerade in finanziellen Dingen. Und sparen müssen wir an sich schon, müssen uns bei jeder Ausgabe persönlicher und sachlicher Art fragen, ob sie sich auch wirklich lohnt. Beim auswärtigen Dienst Deutschlands aber sollte man solche Fragen gleich zweimal stellen!

Curtius sagt, es wird gespart.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde die Beratung des Haushaltes des Auswärtigen Amtes fortgesetzt. Reichsaußenminister Dr. Curtius betonte, die Ersparnisse in seinem Haushalt seien in einem solchen Maße durchgeführt worden, daß die berechtigte Sorge bestehe, ob sie das für einen ordnungsmäßigen Geschäftsbetrieb zulässige Maß nicht schon überschritten hätten. Bei den Bezügen der Beamten im ausländischen Dienst seien Kürzungen bis zu 41 Prozent erfolgt. Der Minister wies mit aller Schärfe die Behauptung zurück, als würde im Auswärtigen Amt nicht mit der größten Sparsamkeit gewirtschaftet. Das Auswärtige Amt diene dem Wohl aller Deutschen; deshalb hätten auch alle deutschen Steuerzahler ein Interesse daran, den als falsch festgestellten Behauptungen entgegenzutreten.

Ein Vorstoß gegen das Agrarprogramm

Der Handelspolitische Ausschuß für zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch.

Im Handelspolitischen Ausschuß des Reichstages wurde der sozialdemokratische Gesetzentwurf über die Einfuhr von Gefrierfleisch mit elf Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen acht Stimmen bei zwei Enthaltungen zweier Zentrumsabgeordneter angenommen. Die Regierung hatte sich gegen die Annahme dieses Gesetzentwurfes erklärt.

Nach dem Gesetzentwurf soll zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit billigem Fleisch vom 1. März ab jährlich ein Kontingent von 50 000 Tonnen Gefrierfleisch zollfrei zur Einführung zugelassen werden.

Wenn dieser Beschluß Gesetz werden sollte, so würde das ein schwerer Schlag gegen die Agrarpolitik der Regierung sein.

Die Inkraftsetzung der Agrarvorlage.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat fordert Beschleunigung.

Der Ständige Ausschuß des Deutschen Landwirtschaftsrates erläßt eine Erklärung, in der er erwartet, daß Reichsrat und Reichstag die Agrarvorlage schleunigst verabschieden und daß dann das Kabinett ungesäumt die erforderlichen Maßnahmen trifft. Werden diese Maßnahmen nicht in dem erforderlichen Ausmaß und mit der nötigen Beschleunigung getroffen, so würde die Landwirtschaft in der Agrarvorlage nur eine wirkungslose Geste erblicken.

Brünings „Mittelkurs".

Was Hugenberg dazu sagt.

In einer deutschnationalen Versammlung in Hannover wies Geheimrat Hugenberg ebenso wie in Braunschweig auf die Abneigung des Zentrums und der übrigen Mittelparteien hin, in ehrlichem Bündnis mit Rechts und gegen Links zu regieren, und fuhr dann fort: Der Glaube an einen Mittelweg

wird Brünings Verhängnis sein,

falls er ihn wirklich haben sollte. Daß mit diesem Mittelkurse, weil er in Wahrheit ein Kurs zur Rettung der Sozialdemokratie ist, weder die Rettung der Landwirtschaft noch Wehrpolitik noch Auswärtige Politik noch irgendeine andere erfolgreiche Politik möglich ist, haben wir Tausende von Malen immer wieder gesagt. Ich — das darf ich hier persönlich bemerken — habe bewiesen, daß ich, obwohl Parteiführer, kein Mann des Parteiklüngels bin. Ich habe um der Sache, um des politischen Zieles willen in einem kritischen Augenblick

meine ganze Partei aufs Spiel gesetzt.

Und sie ist innerlich dadurch stärker geworden und wird es auch äußerlich wieder werden. Wenn Herr Brüning notfalls in ähnlicher Weise seine Partei aufs Spiel setzen wollte, so könnten wir das ihm angeblich vorschwebende Ziel

einer wirklichen Rechtsregierung

innerhalb weniger Wochen mit Leichtigkeit erreichen. Daß die heutigen Deutschnationalen nicht unvernünftig sind, wenn sie regieren — das dürften die Fälle beweisen, in denen wir heute an ausgesprochenen Rechtsregierungen beteiligt sind. Gehören etwa Braunschweig, das einen deutschnationalen Ministerpräsidenten hat, Thüringen und Mecklenburg nicht heute zu den bestregierten Ländern Deutschlands? Hat nicht Württemberg, das seit Jahren einen deutschnationalen Finanzminister hat, die bestgeordneten Finanzen von allen deutschen Ländern? Wir haben keine Sehnsucht nach Ministersesseln. Rettende Arbeit ist das, worauf es ankommt.

Die Beratungen des Reichsrats.

Im Reichsrat brachte der Vorsitzende, Reichsfinanzminister Dietrich, den Hinterbliebenen der bei dem letzten schweren Bergwerksunglück verunglückten Bergleute das herzliche Beileid des Reichsrats zum Ausdruck. Weiter teilte der Minister mit, daß der sächsische Ministerialdirektor von Schart, der 23 Jahre dem Bundesrat und dem Reichsrat als Bevollmächtigter angehört hat, wegen Erreichung der Altersgrenze aus dem Reichsrat ausscheidet. Der Minister sprach ihm für seine langjährige Mitarbeit am Wiederaufbauwerk den Dank des Reichsrates aus.

Der Ergänzungshaushalt zum Reichshaushalt für 1931 wurde mit einigen Änderungen angenommen.

Von der Annahme der Novelle zum Pressegesetz durch den Reichstag nahm der Reichsrat Kenntnis, ohne Einspruch zu erheben. Thüringen und Braunschweig enthielten sich jedoch der Stimme. — Angenommen wurde auch eine Novelle zum Gesetz über die privaten Versicherungsunternehmungen, die eine verschärfte Aufsicht über die privaten Versicherungsgesellschaften bringt und die Bausparkassen neu in das Gesetz einfügt.

Eine Verordnung über Finanzstatistik wurde bei Stimmenthaltung der Länder Bayern und Baden gegen die Stimmen der Stadt Berlin angenommen. Annahme fand auch eine Novelle zum Gesetz über die Pfandbriefe und verwandte Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten. Dadurch soll dieses Gesetz in Erweiterung der schon darin enthaltenen Ausnahmevorschrift auch auf die Grundrentenbriefe und die ihnen zugrunde liegenden Reallasten ausgedehnt werden.

Schließlich nahm der Reichsrat noch Kenntnis von der Annahme zweier Gesetze durch den Reichstag. Dabei handelt es sich um den Übergang der Unterwarnow-Wasserstraße, der Seewasserstraße bei Wismar und des Kraftfahrkanals auf das Reich und um die Novelle zum Gesetz über die Errichtung der deutschen Rentenbankkreditanstalt. Bei letzterem Gesetz enthielt sich Bayern der Stimme.

Die Gewerkschaftsführer bei Hindenburg.

Wünsche der Arbeiter und Angestellten.

Reichspräsident von Hindenburg hat es nicht leicht in diesen bewegten Zeiten bei seinem ohnehin schwierigen Amt. Von allen Seiten kommen die Wünschenden, Bittenden und Fordernden zu ihm und sie wissen, daß sie stets ein williges Ohr für ihre Vorstellungen finden und, soweit diese sich dem Wohl der Allgemeinheit einfügen lassen, auch möglichste Berücksichtigung bei der Durchführung der praktischen Maßnahmen. Sind es heute die Industriellen, die zu Hindenburg kommen, so morgen die Landwirte, die Handwerker, die Kaufleute, die Vertreter der Kriegsbeschädigten und so weiter fort. Bitter weh mag es oft seinem gütigen Herzen tun, nicht überall helfen zu können, aber das Allgemeinwohl verlangt weise Abwägung aller Sonderwünsche und ihre Zurückführung auf das praktisch Erreichbare. Daß Hindenburg aber nicht nur auf die Stimme der kalten Staatsraison hört, sondern auch den Geboten des Herzens und des Gemütes Nachdruck zu verleihen versteht, das hat er bereits mehrfach bewiesen.

Jetzt hat der Reichspräsident die Gewerkschaftsvertreter aller Richtungen, die Führer der freien Arbeiter- und Angestelltenverbände, der Christlichnationalen Gewerkschaften und des Freiheitlich nationalen Gewerkschaftsringes empfangen. Für die Gewerkschaften trug der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, dem Reichspräsidenten eine Erklärung vor, in der die Aufmerksamkeit zunächst auf die überaus gedrückte Lage der deutschen Arbeitnehmer gerichtet wird. Die Hauptsorge, so heißt es weiter, sei die um das Schicksal der unfreiwillig Arbeitslosen. Es sei notwendig, daß innerhalb der für Deutschland gegebenen Möglichkeiten mit äußerster Energie an der Beseitigung aller Störungen der Wirtschaft gearbeitet werde. Unausgeschöpfte Möglichkeiten zur Konsumbelebung seien noch vorhanden. Die Erhöhung des Inlandsverbrauchs als eines der bedeutendsten Mittel zur Erhöhung des Beschäftigungsgrades bedinge eine kaufkräftige Landwirtschaft, deren Schutz aber innerhalb der Grenze zu bleiben habe, die von der Rücksicht auf unsere industrielle Ausfuhr und auf die Lebenshaltung der breiten Massen gezogen werden müsse.

Die gegenwärtig vorliegenden agrarpolitischen Pläne gingen über diese Grenze teilweise hinaus und müssen ab-

Die Gewerkschaftsführer nach ihrem Besuch bei Hindenburg.

Von links: Leipart, Graßmann, Bechli, Deutscher Gewerkschaftsbund — Schneider, Gewerkschaftsring, Imbusch, Deutscher Gewerkschaftsbund — Steer, Allgemeiner Freier Angestelltenbund — Reichsarbeitsminister Stegerwald.